

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (7. Jahrgang, Nr. 4, April 2013)

Die Säulen unserer Tradition sind die Erinnerung an die Gnade und die Erinnerung an die Gerechtigkeit. Die Erinnerung an die Gnade allein ohne die Arbeit am Recht lässt die Menschen kindisch und klein bleiben. Die Arbeit an der Gerechtigkeit ohne die Erinnerung an die Gnade lässt uns verzweifeln. Wenn die Kirche Stimme des Rechts wird, dann werden wir die falschen Fragen verlernen und die richtigen lernen. Wir werden uns nicht mehr um falsche Konflikte kümmern und die wichtigen beachten lernen. (...) Sich um das Recht zu kümmern, heißt für die Christen auch, erwachsen zu werden; sich selbst ernst zu nehmen; zu wissen, dass uns die Würde zugemutet ist, mit Gott das Leben zu wärmen; Mitarbeiter Gottes zu sein und nicht nur nackte Spatzenjunge, die den Schnabel aufsperrten und nichts anderes erwarten als die göttliche Fütterung.

Fulbert Steffensky

Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl

Liebe Schwestern und Brüder, Leser (innen), Freunde, unser Arbeitskreis setzt sich, wie auch unserem Informationsblatt zu entnehmen ist, für Gerechtigkeit und Solidarität ein. Wir haben uns überlegt Euch für die kommende Bundestagswahl so genannte Wahlprüfsteine in den nächsten DAGS-Infoblättern vorzustellen. Wir werden dies in drei Schritten tun. Neben vielen anderen Möglichkeiten sich über Zeitungen, Internet, gedruckten Parteiprogrammen usw. zu informieren, haben wir uns nach intensiven Diskussionen über Inhalte und Formulierungen für folgende Prüfsteine entschieden :

Wahlprüfstein Antikorruptionsgesetz

140 Staaten sind der UNCAC beigetreten. Davon haben 100 Staaten die UN Konvention gegen Korruption ratifiziert, aber die deutsche Politik ist dazu nicht in der Lage. Das UN Abkommen ist erheblich schärfer als der aktuelle § 108e (Abgeordnetenbestechung) des Strafgesetzbuches. Es ist mehr als blamabel und wirft ein entsprechendes Licht auf unsere Politiker. Sogar 35 Vorstandschefs von DAX-Konzernen kritisieren das Ausbleiben der Ratifizierung !

Wahlprüfstein Privatisierung

Privatisierung bedeutet die Übertragung von staatlichen oder kommunalen Eigentumsrechten an private Unternehmen / Personen. Es gibt die Privatisierung im weiteren Sinne, die den Einflussbereich des Staates in weiten Teilen erhalten (Verkauf an eine Gesellschaft z.B. Deutsche Bahn oder Post) kann, aber

auch die Privatisierung im engeren Sinne, bei der eine vollständige Übertragung von staatlichen Verfügungsrechten erfolgt.

Aus unserer Sicht ist ein weiteres Voranschreiten der Privatisierung zu unterbinden. Dies betrifft vor allem die wichtigen existenziellen Bereiche wie Energie, Wasser, Verkehr und Gesundheit! Es gibt bei uns jetzt schon viele einkommensschwache Haushalte, die ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen können.

Wahlprüfstein Armut und Reichtum

„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“, so lautet der Artikel 14, Absatz 2 des Grundgesetzes. Das bedeutet, dass jede und jeder entsprechend seinem materiellen Status „dem Wohle der Allgemeinheit dienen“ soll.

Die Parteien müssen sich daran messen lassen, ob sie insbesondere die Wohlhabenden zu dieser Verpflichtung heranziehen oder eine Politik befürworten, welche Wohlhabende begünstigt und andere unangemessen hoch an der Mitfinanzierung des Staates beteiligen und was sie dafür tun wollen, die Armut in einem reichen Land einzudämmen.

Wahlprüfstein Forderung nach der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes

Der Mindestlohn ist das geringste gesetzlich zulässige Arbeitsentgelt. Er ist europaweit unumstritten. Von den 27 EU-Staaten haben inzwischen 20 einen Mindestlohn eingeführt, der höchste beträgt in Luxemburg 10,41 €, der niedrigste in Bulgarien 0,80 € je Stunde. Nur 65 % der Arbeitnehmer in Deutschland sind durch einen Tarifvertrag abgesichert. In Tarifverträgen würde ein Mindestlohn die Grenze für die unterste Lohngruppe darstellen. Tarifungebundene Betriebe wären ebenfalls durch diese Untergrenze gebunden. Gewerkschaften und andere Organisationen fordern in Deutschland die Einführung eines Mindestlohnes von 8,50 €. Versicherungsmathematiker haben allerdings errechnet, dass der Mindestlohn mindestens 9,30 € betragen müsste, um einen Rentenanspruch zu erreichen, der im Alter keine zusätzlichen staatlichen Transferleistungen erforderlich macht.

Die Parteien müssen sich daran messen lassen, ob sie die Forderung nach Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes unterstützen oder ablehnen.

Die neue Mangelwirtschaft

Liebe Schwestern und Brüder !

In der taz vom 8. März 2013 habe ich den o.a. Artikel gefunden, den ich etwas verkürzt hier darstellen will. Ich denke, dass dieses Euch im Arbeitskreis interessiert und etwas für das nächste Info-Blatt sein könnte.

Verfasser ist Lars Niggemeyer, DGB Niedersachsen: Deutschland ist nach wie vor ein Land mit anhaltender Massenarbeitslosigkeit - auch wenn dafür die offiziellen Zahlen in den letzten 3 Jahren gesunken sind. Es ist nicht berechtigt, dieses schönzureden, auch wenn es in den südlichen Ländern Europas durch die Finanzkrise noch viel schlechter geworden ist.

Zu Recht wird wieder über einen sozialen Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose diskutiert. Der Hochschullehrer Sell schlägt vor, dass 400.000 Langzeitarbeitslose von Unternehmen des ersten Arbeitsmarktes beschäftigt werden sollten. Das soll vom Steuerzahler als Lohnzuschuss finanziert werden, ein Teil durch die dann wegfallenden Hartz IV-Sätze. Der Vorschlag hat Zustimmung beim Wohlfahrtsverband und bei Teilen von SPD und Grünen gefunden.

So ehrenwert das Konzept sein mag, es geht am Grundproblem vorbei. Dadurch werden mehr Langzeitarbeitslose beschäftigt, aber Arbeitsplätze von regulär Beschäftigten entfallen, da sie dann für den Arbeitgeber gegenüber den aus Steuermitteln finanzierten zu teuer werden.

Es wird immer behauptet, dass es an mangelnder Qualifikation und persönlichen Problemen liegt, wenn so viele lange arbeitslos sind. Doch in Wahrheit liegt es am massiven Mangel an Erwerbsarbeit. **Zu den offiziellen Arbeitslosenzahlen um 3 Millionen** Betroffene kommen **noch etwa 1,3 Millionen Personen**, die sich in Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit befinden oder sich auf Grund anhaltender Erfolgslosigkeit bei der Arbeitssuche gar nicht mehr melden.

Genauso schwerwiegend, aber wenig diskutiert: jeder dritte abhängig Beschäftigte ist **in Teilzeit** erwerbstätig, insgesamt etwa **12,6 Millionen** Personen. Nach Umfragen würde gut die Hälfte von ihnen ihre Arbeitszeit gerne ausweiten. Wenn wir alle diese Wünsche nach mehr Arbeit zusammenrechnen, so fehlen in Deutschland rund 5, 2 Millionen Vollzeitarbeitsplätze !

Am Arbeitsmarkt findet folglich ein Verdrängungsprozess statt. Jeder fünfte Arbeitnehmer ist überqualifiziert. Besser Qualifizierte nehmen weit unter ihrem Können Jobs an. Unternehmen profitieren davon, denn Beschäftigte und Arbeitslose machen sich gegenseitig Konkurrenz und sind gezwungen Niedriglöhne und prekäre Bedingungen zu akzeptieren. Immer mehr müssen ergänzend Hartz IV beziehen, da ihre Löhne zum Leben nicht reichen.

Umgekehrt gilt: In Vollbeschäftigungsperioden (zuletzt bei uns von 1960 - 1973) findet praktisch jeder Arbeit zu guten Bedingungen. Es werden auch Ältere und gering Qualifizierte eingestellt, weil sie benötigt werden.

Also: Vermittlungshemmnisse liegen in der Regel nicht in den Personen, sondern im Verhältnis von Angebot und Nachfrage. **Zentrale Ursachen der Langzeitarbeitslosigkeit ist ein Versagen des Marktes und nicht der betroffenen Menschen.** Eine Vollbeschäftigungslage ist derzeit überhaupt nicht absehbar. Öffentlich geförderte Beschäftigung ist daher notwendig.

Wir brauchen einen sozialen Arbeitsmarkt, durch den mehr Arbeit geschaffen wird. Es gibt keinen Zweifel daran, dass es einen enormen gesellschaftlichen Bedarf zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur gibt, vor allem in Bereichen Erziehung, Bildung, Pflege und Gesundheit. Hier könnten hunderttausende Arbeitslose sinnvoll unter regulären und tariflichen Bedingungen bei Wohlfahrtsverbänden und Kommunen Beschäftigung finden. Nur: diese Beschäftigung muss im öffentlichen Interesse sein.

In diesem Zusammenhang ist die vorgeschlagene Umwandlung von Transferleistungen (z. B. aus Hartz IV) in Lohnentkommen wegweisend. Um eine Verdrängung von Beschäftig-

ten zu vermeiden, sollten in den Landkreisen Ausschüsse der Sozialpartner einstimmig und kontrollierend über die Einrichtung entsprechender Arbeitsplätze entscheiden.

So können wir in Deutschland die Arbeitslosigkeit wirksam vermindern und einen Schritt in Richtung Gerechtigkeit und sozialen Frieden gehen.

Uwe Held

Branche mit schwarzen Schafen

Behörden im Norden entziehen immer wieder Leiharbeitsfirmen die Zulassung.

Kiel- Schwarze Schafe unter Leiharbeitsfirmen sind in Norddeutschland keine Einzelfälle. Im Schnitt entziehen die Behörden jeden Monat einem Unternehmen die Zulassung. In Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern überprüften Kontrolleure von der Arbeitsagentur im Jahr 2011 insgesamt 262 Betriebe der Zeitarbeitsbranche. Das Ergebnis wirft kein gutes Licht auf die Branche: In 17 Fällen wurden gravierende Verstöße festgestellt. Folge: Die bemängelten Betriebe verloren ihre Konzession, weiter Leiharbeiter beschäftigen zu dürfen.

Die Verstöße sind nach Angaben der Arbeitsagentur Nord in Kiel vielfältig: falsche Anwendung von Tarifverträgen, nicht korrekte Eingruppierung der Beschäftigten, Umgehung von Mindestlöhnen, nicht gezahlte Sozialversicherungsbeiträge.

Meist sind es kleinere Betriebe, die sich nicht an die Regeln halten und deshalb aus dem Verkehr gezogen werden. Im ersten Jahr ihres Bestehens wird jede neue Leiharbeitsfirma einmal geprüft anschließend alle fünf Jahre. Betriebe, die negativ aufgefallen sind, werden öfter durchleuchtet. Die Zahlen bewegen sich seit Jahren auf gleichem Niveau: 2009 verloren elf Verleihfirmen die Zulassung, 2010 waren es zwölf.

16599 Männer und Frauen aus Schleswig-Holstein waren vergangenen Juni als Leiharbeiter tätig. Ihre Zahl wuchs in der jüngeren Vergangenheit um etwa 4000 Beschäftigte. Auch bei den Betriebsgründungen ist der Boom ungebrochen: 417 Verleihfirmen sind zwischen Flensburg und Lübeck im Geschäft, 131 mehr als noch vor sechs Jahren. Sieben von zehn Leiharbeitern waren vorher beschäftigungslos. "Durch Zeitarbeit gibt es unterm Strich einen Beschäftigungsgewinn", sagt Horst Schmitt von der Arbeitsagentur Nord. Allerdings werden nur sechs Prozent von den Ausleihbetrieben fest eingestellt. Der von der Regierung Schröder, die die Leiharbeit förderte, erhoffte "Klebeeffekt" bleibt meist Illusion.

aus: „Lübecker Nachrichten“ vom 19.02.2013

Für Eure/Ihre schriftliche und verbale Unterstützung unserer Arbeit und unserer Themen danken wir sehr. Es ist wünschenswert, dass Themen und Diskussionsbeiträge von unseren Leserinnen und Lesern eingebracht und wenn uns Beiträge zugesandt werden, die wir veröffentlichen können. Über Anregungen und Kritik freuen wir uns.

**Beiträge und Anregungen bitte an
mathias.mees@web.de**

Unsere nächsten Treffen sind am 13. Mai 2013 und am 10. Juni 2013 jeweils um 18.00 Uhr im Rauhen Haus (Altenheim-Haus Weinberg)

Wie ihr nun den Herrn Christus Jesus angenommen habt, so lebt auch in ihm und seid ihm verwurzelt und gegründet fest im Glauben, wie ihr gelehrt worden seid, und seid reichlich dankbar.

(Monatsspruch April 2013 aus Kolosser 2, 6-7)

Herausgeber: DAGS
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Siegfried Heidler, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg